

WIFO ■ KONJUNKTURTEST

Sonderausgabe **3/2020**

Liquidität und Gegenmaßnahmen in der COVID-19-Krise

Ergebnisse der dritten
Sonderbefragung zur COVID-19-Krise
im Rahmen des WIFO-Konjunkturtests
vom August 2020

Werner Hölzl
Michael Klien
Agnes Kügler

Liquidität und Gegenmaßnahmen in der COVID-19-Krise

Ergebnisse der dritten Sonderbefragung zur COVID-19-Krise im Rahmen des WIFO-Konjunkturtests vom August 2020

Werner Hölzl, Michael Klien, Agnes Kügler

Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung

Wissenschaftliche Assistenz: Birgit Agnezy, Alexandros Charos, Nicole Schmidt-Padickakudy, Anna Strauss-Kollin

Der WIFO-Konjunkturtest ist Teil des Gemeinsamen Harmonisierten EU-Programms der Konjunktur- und Verbraucherumfragen und wird mit finanzieller Unterstützung der Europäischen Kommission durchgeführt.

WIFO-Konjunkturtest Sonderausgabe 3/2020
September 2020

Inhalt

Die meisten befragten Unternehmen haben auf die COVID-19-Krise mit Maßnahmen reagiert und staatliche Hilfsmaßnahmen in Anspruch genommen. Die Liquiditätseinschätzungen haben sich im Vergleich zum Frühsommer verbessert. Allerdings erwarten weiterhin rund 16% aller befragten Unternehmen, in eine finanzielle Notlage zu geraten, sollte sich die Geschäftslage in den nächsten Monaten nicht deutlich verbessern. Von den Gegenmaßnahmen wird insbesondere die COVID-Kurzarbeit von vielen Unternehmen genutzt und als hilfreiche Maßnahme gesehen.

Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1: Welche der folgenden Maßnahmen hat Ihr Unternehmen aufgrund der Corona-Pandemie in den vergangenen Monaten getroffen?	5
Abbildung 2: Die Geschäftslage Ihres Unternehmens hat sich in den letzten beiden Monaten im Vergleich zu den ersten beiden Monaten der Corona-Pandemie...	6
Abbildung 3: Wie lange schätzen Sie, werden Ihre Liquiditäts-reserven ausreichen, wenn Ihre Geschäftslage auf dem derzeit erwarteten Niveau bleibt?	7
Abbildung 4: Konnten Sie durch die Nutzung der Kurzarbeit in Ihrem Unternehmen Beschäftigungsabbau vermeiden, der durch die Auswirkungen der Corona-Pandemie bedingt gewesen wäre?	8
Abbildung 5: Unterstützen die folgenden staatlichen Hilfen Ihr Unternehmen, die wirtschaftlichen Einschränkungen durch die Corona-Maßnahmen besser bzw. länger zu überstehen?	9
Abbildung 6: Wortwolke basierend auf den Antworten der offenen Frage: „Gibt es in Bezug auf die staatlichen Unterstützungen, die zur Verfügung gestellt werden, weitere Anmerkungen?“	12

1. Einleitende Anmerkungen

Die COVID-19-Pandemie hat die österreichischen Unternehmen mit einem wirtschaftlichen Abschwung historischen Ausmaßes konfrontiert. Anfänglich haben drastische Maßnahmen zur Eindämmung der Ausbreitung des Virus zu behördlichen Schließungen in Branchen mit unmittelbarem Kundenkontakt geführt. Diese Zwangsmaßnahmen wurden in vielen Bereichen zunehmend gelockert und werden seit September wieder verschärft. Aber die COVID-19-Krise hat auch zu einer Eintrübung der internationalen Konjunktur geführt. Überdies tragen die Verhaltensänderungen auf Kundenseite zu großer Unsicherheit bei der Einschätzung der wirtschaftlichen Situation bei.

In einer solchen Situation sind zeitnahe Informationen für Wirtschaftsforschung und Entscheidungsträger in Wirtschaft und Politik essentiell. Regelmäßige Konjunkturumfragen wie der WIFO-Konjunkturtest, der viele Unternehmen aus unterschiedlichen Branchen befragt, bieten dafür eine wichtige Voraussetzung und dienen als Spiegel der aktuellen Stimmungslage der österreichischen Unternehmen.

In den Online-Befragungen des WIFO-Konjunkturtests von April und Mai wurden Sonderfragen zur Corona-Pandemie gestellt.¹ Nun wurden die Unternehmen im August zum dritten Mal um Antworten auf die Sonderfragen zur COVID-19-Krise im Rahmen des WIFO-Konjunkturtests gebeten. Dies spiegelt die derzeitige außergewöhnliche Situation wider, denn im WIFO-Konjunkturtest wurden bisher grundsätzlich keine zusätzlichen Fragen aufgenommen, um die Antwortbelastung der teilnehmenden Unternehmen möglichst gering zu halten.

Die vorliegende Sonderbefragung vom August 2020 hatte zum Ziel, die Auswirkungen der COVID-19-Krise auf die Liquiditätsausstattung der Unternehmen, die Erwartungen zur Normalisierung der Geschäftslage sowie insbesondere die Einschätzung der staatlichen Maßnahmen zu erheben. Zusammen mit den Ergebnissen der anderen Befragungen liefert die vorliegende Erhebung ein weiteres Puzzleteil zu einem umfassenderen Bild der ökonomischen Auswirkungen des COVID-19-Schocks. Abgesehen von einigen wenigen Indikatoren zu Beschäftigung und Arbeitslosigkeit sowie Mobilitätsindikatoren, ist die vorliegende Unternehmensbefragung eine der wenigen zeitnahen Anhaltspunkte zur Messung der Auswirkungen des wirtschaftlichen Schocks.

Wir möchten uns bei allen Unternehmen bedanken, die an dieser Sonderbefragung teilgenommen haben!

2. Zeitraum und Befragung

Der WIFO-Konjunkturtest ist als Panel konzipiert, in welchem Unternehmen regelmäßig Konjunkturumfragen beantworten. Im August wurden 2.872 Unternehmen eingeladen, davon haben 1.856 den WIFO-Konjunkturtest beantwortet, mehr als 60% davon elektronisch.

¹ Die Befragungsergebnisse wurden in Hölzl (2020) und Hölzl et al. (2020b) publiziert. Weitere Publikationen mit diesen Daten sind Hölzl – Kügler (2020) und aus einer internationalen Perspektive García et al. (2020).

Im August wurden die Sonderfragen auch den Papierfragebögen beigelegt. Von den 1.856 antwortenden Unternehmen beantworteten 1.045 die Sonderfragen zur Corona-Pandemie (56%), davon sind 62% elektronische Meldungen und 38% Papiermeldungen. Die teilnehmenden Unternehmen setzen sich überwiegend (65%) aus kleinen Unternehmen (weniger als 50 Beschäftigte) zusammen. Rund 27% haben zwischen 50 und 249 Beschäftigte und 10% weisen 250 oder mehr Beschäftigte aus. 60% sind dem Dienstleistungssektor zuzuordnen, 25% der Sachgütererzeugung und rund 15% der Bauwirtschaft.

Die hier angeführten Befragungsergebnisse decken den Zeitraum vom 02.08. bis 22.08.2020 ab, wobei rund 90% der Antworten vor dem 16.08. abgegeben wurden. Damit gibt diese Erhebung die Stimmungslage der Unternehmen Anfang/Mitte August wieder.

3. Maßnahmen durch die Unternehmen in Folge der COVID-19-Krise

Die meisten befragten Unternehmen haben mit Maßnahmen auf die COVID-19-Krise reagiert. Im April wurden die Unternehmen gefragt, ob sie Maßnahmen im Bereich des operativen Geschäfts, der Finanzierung und des Liquiditätsmanagements und im Bereich der Investitionen und der Produktentwicklung umsetzen oder diese planen. Dabei wurde eine umfangreiche Liste von Maßnahmen abgefragt. Hölzl – Kügler (2020) zeigen auf Basis dieser Daten, dass Unternehmen, die erwarten von der COVID-19-Krise stärker betroffen zu sein, auch stärker mit Maßnahmen auf die Veränderungen reagieren.

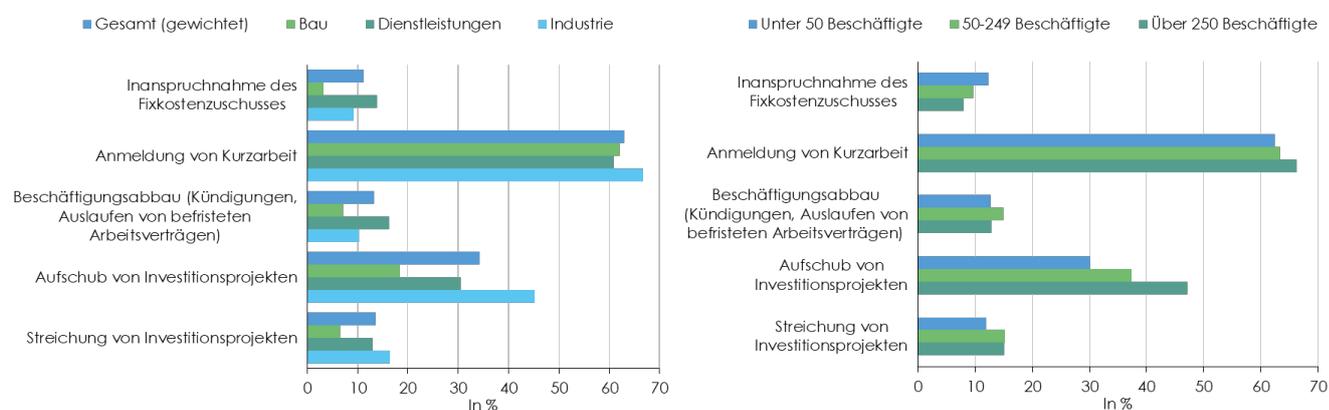
In der aktuellen Befragung wurde eine deutlich kürzere Liste von möglichen Maßnahmen zur Auswahl gegeben. Die Ergebnisse zeigen eine weitgehende Übereinstimmung mit den Befragungsergebnissen vom April: rund 63% der Unternehmen geben an, Kurzarbeit angemeldet zu haben. Zwischen den Sektoren gibt es kleine Unterschiede. Im August meldeten rund 61% der Bauunternehmen und 62% der Dienstleistungsunternehmen aber rund 67% der Industrieunternehmen Kurzarbeit an. Auch nach Unternehmensgrößen gibt es leichte Unterschiede, größere Unternehmen (über 250 Beschäftigte) meldeten etwas häufiger (66%) Kurzarbeit an als mittlere (63%) und kleinere Unternehmen (62%). Auch bei der Inanspruchnahme von (staatlichen) Liquiditätshilfen zeigt sich eine etwas stärkere Nutzung von Industrieunternehmen (19%) im Vergleich zu Bau (16%) und Dienstleistungen (16%). Nach Unternehmensgrößen werden staatliche Liquiditätshilfen eher von kleineren und mittleren Unternehmen (je 18%) in Anspruch genommen als von größeren Unternehmen (rund 13%). Der Fixkostenzuschuss, welcher insbesondere Unternehmen mit großen Umsatzeinbußen und hohen Fixkosten unterschützen soll, zeigt ein davon abweichendes Bild. Sektorenweise ist die Nutzung in den Dienstleistungen am größten (14%) gefolgt von Industrie (9%) und Bau (3%). Der Fixkostenzuschuss wird auch stärker von kleineren Unternehmen genutzt (12%) als von mittleren (10%) oder größeren Unternehmen (8%).

Rund 34% der befragten Unternehmen haben Investitionsprojekte verschoben, davon 18% der Bauunternehmen, rund 30% der Dienstleistungsunternehmen und rund 45% der Industrieunternehmen. Größere Unternehmen haben eine deutlich höhere Neigung Investitionsprojekte zu verschieben (47% vs. 37% bzw. 30%). Ein ähnliches Muster zeigt sich bei der Streichung von Investitionsprojekten. Insgesamt melden rund 14% der Unternehmen zurück, Investitionsprojekte gestrichen zu haben. Am geringsten ist dieser Anteil im Bau (7%), deutlich höher in den Dienstleistungsbranchen (13%) und in der Sachgütererzeugung (16%). Die höchste Neigung

Investitionsprojekte zu streichen haben größere und mittlere Unternehmen (jeweils rund 15%), aber auch 12% der kleinen Unternehmen gaben an, Investitionsprojekte streichen zu müssen. Diese Werte sind qualitativ ähnlich zur Maibefragung und lassen auf einen Rückgang der unternehmerischen Investitionen im heurigen Jahr schließen.

Rund 13% der befragten Unternehmen melden Beschäftigungsabbau durch Kündigungen, Auslaufen von befristeten Verträgen oder ähnlichen Maßnahmen. Nach Sektoren gibt es Unterschiede: während nur etwa 7% der Bauunternehmen Beschäftigungsabbau melden, steigen die Anteile auf 10% bei Industrieunternehmen und 16% in den Dienstleistungsbranchen. Nach Unternehmensgrößen sind die Unterschiede kleiner: Rund 13% der kleineren und größeren Unternehmen melden eine Beschäftigungsabbau vorgenommen zu haben und rund 15% der mittleren Unternehmen.

Abbildung 1: **Welche der folgenden Maßnahmen hat Ihr Unternehmen aufgrund der Corona-Pandemie in den vergangenen Monaten getroffen?**



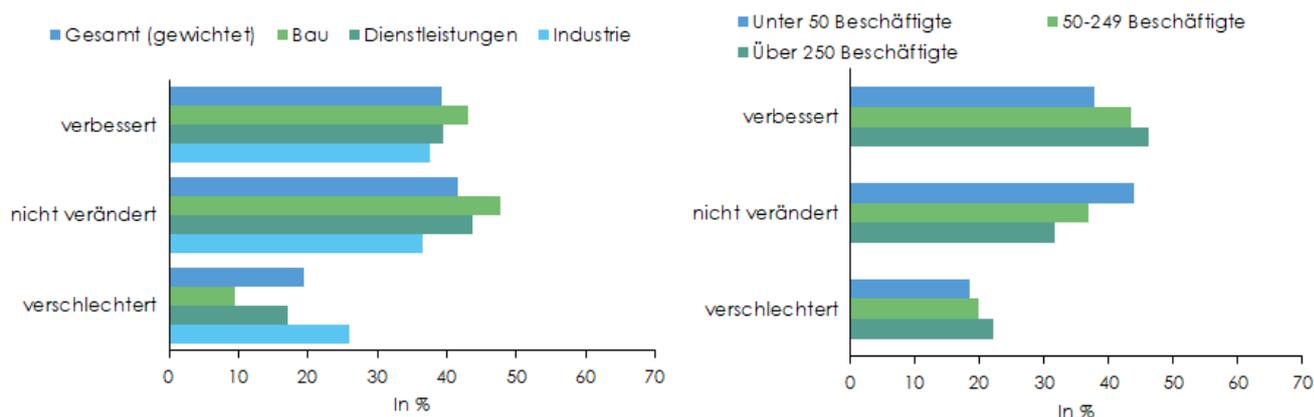
4. Veränderung der Geschäftslage der Unternehmen in letzten Monaten im Vergleich zu den ersten Monaten der COVID-19-Pandemie

Konjunkturpolitisch interessant ist die Frage wie sich die Geschäftslage der Unternehmen im Ablauf der COVID-19-Krise verändert hat. Dazu wurden die Unternehmen befragt, ob sich ihre Geschäftslage in letzten Monaten im Vergleich zur Geschäftslage zu Beginn der COVID-19-Pandemie verändert hat. Über alle Antworten hinweg melden 39% eine Verbesserung, 42%, dass sich die Geschäftslage kaum verändert hat und 19% eine Verschlechterung.

Über die Sektoren hinweg gibt es dabei deutliche Unterschiede: In der Bauwirtschaft melden nur 9% der Unternehmen eine Verschlechterung, aber 43% eine Verbesserung der Geschäftslage. In den Dienstleistungen melden 17% der Unternehmen eine Verschlechterung und 39% eine Verbesserung. In der Industrie melden 26% eine Verschlechterung und 38% eine Verbesserung. Diese Sektorenergebnisse stimmen mit den Konjunkturtestergebnissen überein (Hözl et al. 2020a), welche für den Bau eine deutliche konjunkturelle Entspannung zeigen und für die Industrie eine weiterhin schwierige Konjunktursituation. Über die Unternehmensgrößen zeigt sich, dass die Verbesserungen überdurchschnittlich häufig von größeren Unternehmen gemeldet wurden, ebenso Verschlechterungen. Der Anteil der Unternehmen, die keine Veränderung

melden, ist unter den kleineren Unternehmen am größten (44%). Größere Unternehmen melden öfter, dass sich ihre Geschäftslage in den letzten Monaten im Vergleich zu den ersten beiden Monaten der Corona-Pandemie nicht verändert hat.

Abbildung 2: **Die Geschäftslage Ihres Unternehmens hat sich in den letzten beiden Monaten im Vergleich zu den ersten beiden Monaten der Corona-Pandemie...**



5. Wie lange reichen die Liquiditätsreserven?

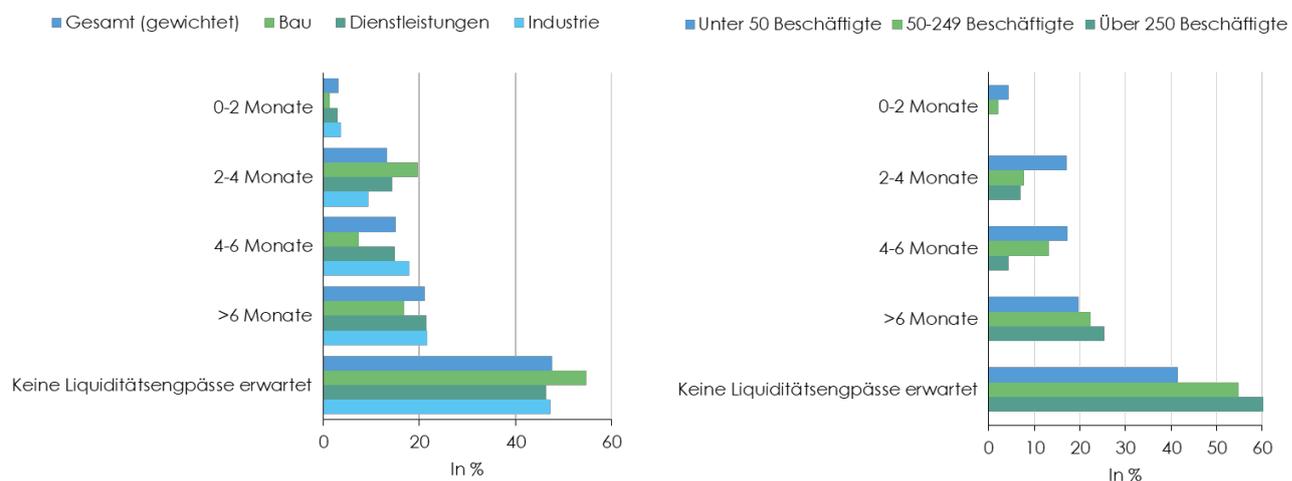
Eine wirtschaftspolitisch zentrale Frage ist, wie lange die Unternehmen die derzeitige Ausnahmesituation der COVID-19-Krise überstehen können. Selbst bei einer schnellen Erholung und in Anbetracht der staatlichen Stützungsmaßnahmen ist die Gefahr einer Insolvenzwellen in den kommenden Monaten nicht auszuschließen.

Die Ergebnisse für den August zeigen eine Verbesserung der Liquiditätseinschätzungen der österreichischen Unternehmen. Im August wurden die Unternehmen – genauso wie im Mai – gefragt, wie lange die Liquiditätsreserven unter Berücksichtigung staatlicher Hilfen wie Kurzarbeit und Liquiditätshilfen ausreichen, wenn die Geschäftslage auf dem aktuellen Stand bleibt. Rund 3% der Unternehmen geben im August an über Liquiditätsreserven für weniger als 2 Monate zu verfügen, das ist um rund 4 Prozentpunkte weniger als im Mai. In Anbetracht dessen, dass rund drei Monate zwischen den Befragungen liegen, deutet dies auf eine Entspannung hin, insbesondere auch, weil sich die Meldungen insgesamt verbessert haben. Während im Mai noch 23% der Unternehmen angegeben haben über Liquiditätsreserven zu verfügen, die für die nächsten 2-4 Monate reichen, sind es im August 13%. 15% (Mai: 19%) geben an über Liquiditätsreserven für 4 bis 6 Monate zu verfügen, weitere 21% (Mai: 20%) geben an über Liquiditätsreserven für mehr als 6 Monate zu verfügen. Mit 48% (Mai: 31%) meldet im August fast jedes zweite Unternehmen überhaupt keine Liquiditätsengpässe zu erwarten.

Insgesamt erwarten aber immer noch rund 16% aller befragten Unternehmen in eine finanzielle Notlage zu geraten, sollte sich die Geschäftslage in den nächsten 4 Monaten nicht verbessern. Dies zeigt, dass die COVID-19-Krise nicht nur einen einschneidenden, sondern weiterhin für viele Unternehmen einen existenzbedrohenden Schock darstellt.

Zwischen den Branchen zeigen sich in dieser Hinsicht nur geringe Unterschiede. Einzig im Bauwesen scheint die Liquiditätssituation aufgrund der verbesserten Geschäftslage etwas nachhaltiger zu sein. Größere Unterschiede finden sich bei der Auswertung nach Größenklassen. Die Fähigkeit, die COVID-19-Krise länger, ohne eine finanzielle Notlage überstehen zu können, dürfte mit der Unternehmensgröße zunehmen. Rund 7% der großen Unternehmen (mit mehr als 250 Beschäftigten) und rund 10% der mittleren Unternehmen (50 bis 250 Beschäftigte) geben an, nur für die nächsten 4 Monate oder weniger Liquiditätsreserven zu haben und in finanzielle Schieflage zu kommen – selbst wenn sie die staatlichen Hilfen mit einbeziehen. Bei den kleinen Unternehmen gibt mehr als ein Fünftel der Unternehmen (21%) an, dass sie spätestens mit Jahresende mit substantiellen Liquiditätsproblemen konfrontiert sind, sollte sich die Geschäftslage nicht verbessern.

Abbildung 3: **Wie lange schätzen Sie, werden Ihre Liquiditäts-reserven ausreichen, wenn Ihre Geschäftslage auf dem derzeit erwarteten Niveau bleibt?**

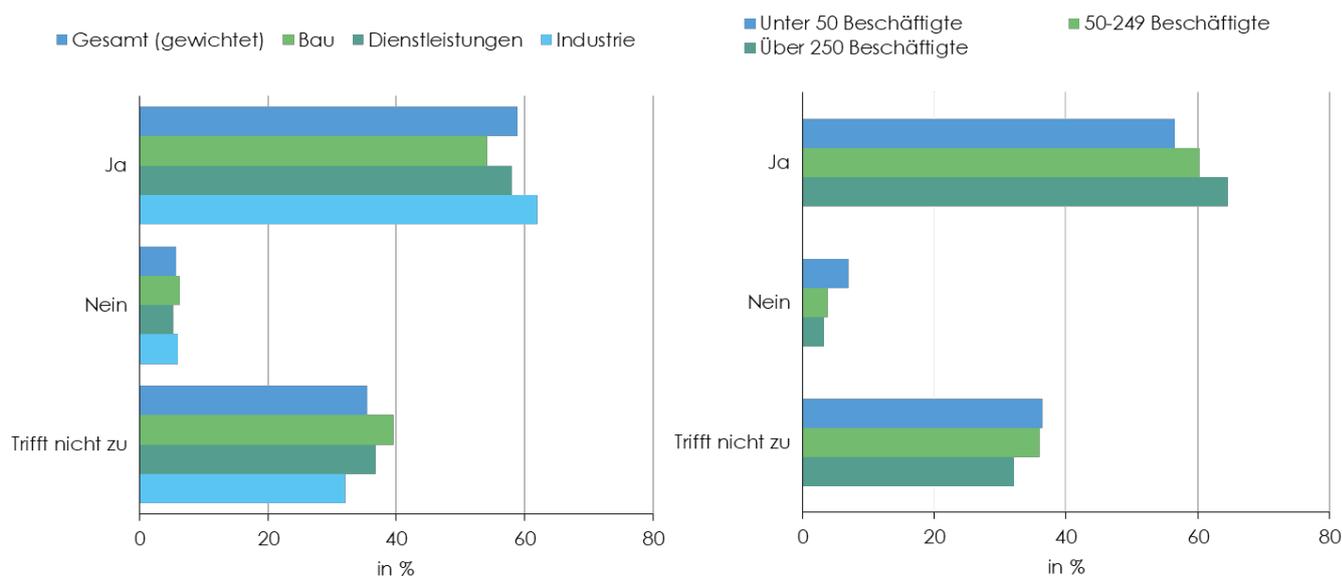


6. Kurzarbeit und Beschäftigungsentwicklung

Die Kurzarbeit ist eine der zentralen staatlichen Maßnahmen – auch budgetär – bei der Bewältigung der Krise. In der aktuellen Welle der COVID-19-Sonderfragen wurde daher der Beitrag der Kurzarbeit zur Verhinderung von Beschäftigungsabbau explizit abgefragt. Mehr als die Hälfte der Unternehmen (54%) gab an, durch die Nutzung der Kurzarbeit Beschäftigungsabbau, der durch die Auswirkungen der Corona-Pandemie bedingt gewesen wäre, vermieden zu haben. Auf 40% der Unternehmen traf dies nicht zu, nur 6% der befragten Unternehmen gaben an, dass sie durch die Kurzarbeit einen Beschäftigungsabbau nicht vermeiden konnten.

Die Antwortkategorie „trifft nicht zu“ wurde überwiegend von Unternehmen gewählt, die keine Kurzarbeit in Anspruch genommen haben.²

Abbildung 4: **Konnten Sie durch die Nutzung der Kurzarbeit in Ihrem Unternehmen Beschäftigungsabbau vermeiden, der durch die Auswirkungen der Corona-Pandemie bedingt gewesen wäre?**



7. Wirksamkeit der staatlichen Unterstützungen

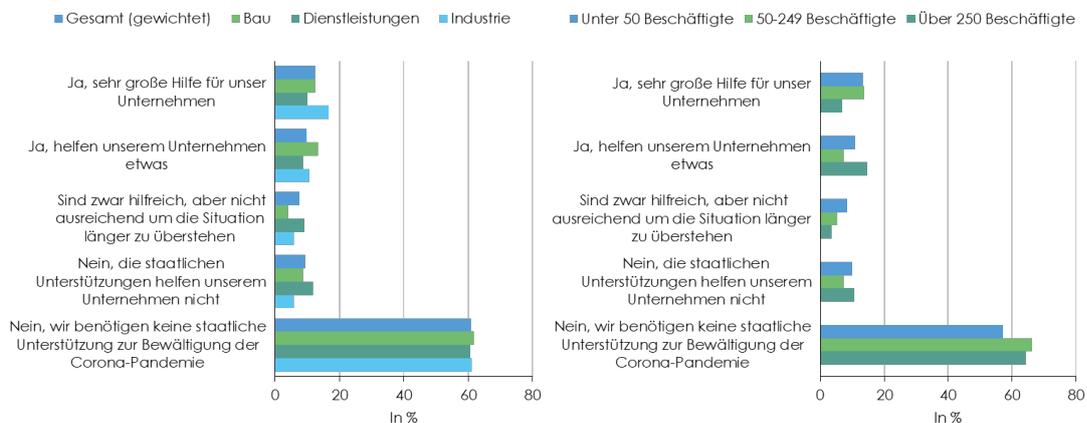
Neben der Kurzarbeit wurden im Verlauf der Krise weitere Hilfen für Unternehmen konzipiert, um die Auswirkungen der Corona-Pandemie zu begrenzen. Diese wurden teilweise über den Befragungszeitraum weiter ausgerollt, wie zum Beispiel der Fixkostenzuschuss.

Berücksichtigt man die Tatsache, dass einige Unternehmen sich einer für ihre Existenz bedrohlichen Situation gegenübersehen, können die Ergebnisse auf die Frage, „ob die staatlichen Unterstützungen (Kurzarbeit, Liquiditätshilfen, Kreditgarantien u. a.) Ihrem Unternehmen helfen, die Zeit der wirtschaftlichen Einschränkungen besser zu überstehen“ erste Hinweise auf die Wirksamkeit der Maßnahmen geben.

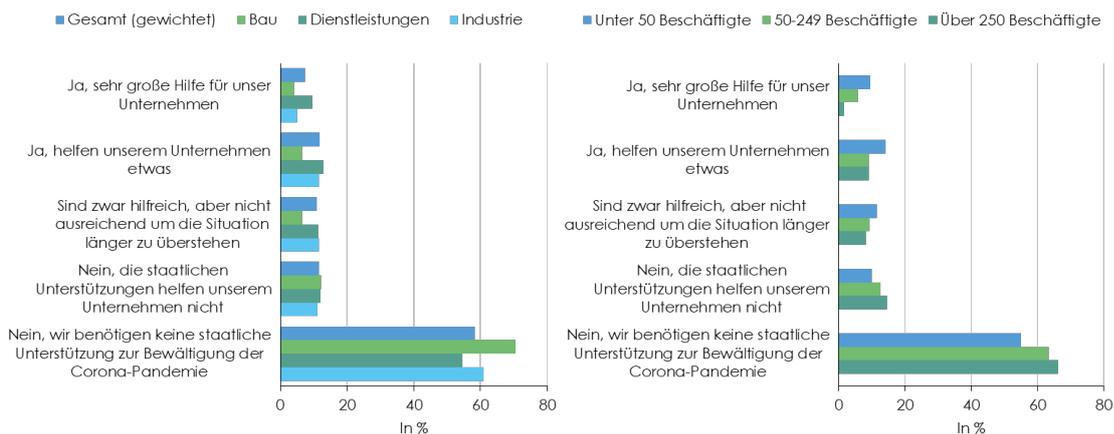
² Bei Unternehmen die „trifft nicht zu“ gewählt haben, aber auch angegeben haben, dass sie Kurzarbeit verwenden, kann diese Antwort als „weiß nicht“ oder „kann nicht beurteilen“ interpretiert werden. Weitergehende Mikroökonomische Analysen stärken diese Interpretation.

Abbildung 5: Unterstützen die folgenden staatlichen Hilfen Ihr Unternehmen, die wirtschaftlichen Einschränkungen durch die Corona-Maßnahmen besser bzw. länger zu überstehen?

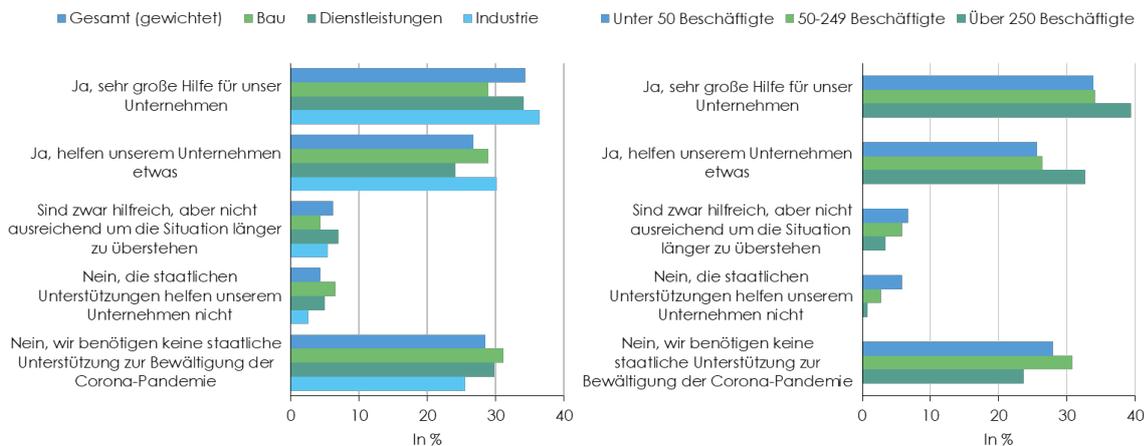
(a) Liquiditätshilfen/Kreditgarantien



(b) Fixkostenzuschuss



(c) Kurzarbeit



Im August wurde die Frage spezifisch nach drei Maßnahmen differenziert: Es wurde gefragt wie (a) Liquiditätshilfen, wie etwa Kreditgarantien, (b) der Fixkostenzuschuss und (c) die Kurzarbeit den Unternehmen helfen die wirtschaftlichen Auswirkungen der Corona-Pandemie besser zu überstehen. Bei der Interpretation der Antworten muss berücksichtigt werden, dass rund 63% der befragten Unternehmen die Kurzarbeit nutzen, aber nur 17% Liquiditätshilfen und rund 11% den Fixkostenzuschuss und dass diese Maßnahmen für unterschiedliche Unternehmensgruppen gedacht sind. Dies zeigt sich auch in Abbildung 5: Während bei Kurzarbeit (Abbildung 5c) nur 28% der Unternehmen „Nein, wir benötigen keine staatliche Unterstützung zur Bewältigung der Corona-Pandemie“ zurückmelden, steigen diese Anteile bei Liquiditätshilfen auf rund 61% (Abbildung 5a) und beim Fixkostenzuschuss auf rund 70% (Abbildung 5b).

Dies zeigt sich auch darin, dass fast zwei Drittel (62%) der befragten Unternehmen zurückmelden, dass sie die Kurzarbeit als sehr große Hilfe oder etwas hilfreich für ihr Unternehmen erachten, bezüglich Fixkostenzuschuss und Liquiditätshilfen aber die entsprechenden Anteile deutlich darunter bei 19% bzw. 22% liegen.

Bei den Liquiditätshilfen nennen rund 12% der befragten Unternehmen, dass diese eine sehr große Hilfe sind, rund 10%, dass sie helfen, 7% dass sie hilfreich sind aber für das Unternehmen nicht ausreichen, um die Krise zu überstehen. Rund 9% melden zurück, dass die Liquiditätshilfen dem Unternehmen nicht helfen. Liquiditätshilfen werden von kleineren Unternehmen günstiger bewertet als von großen Unternehmen.

Beim Fixkostenzuschuss melden 7% der befragten Unternehmen, dass dieser eine große Hilfe für das Unternehmen ist, die Covid-19-Krise zu überstehen, 12%, dass der Fixkostenzuschuss hilfreich ist, 11% melden, dass der Fixkostenzuschuss zwar hilfreich aber nicht ausreichend ist. 12% sagen der Fixkostenzuschuss ist keine Hilfe. Auffallend ist, dass der Fixkostenzuschuss insbesondere von kleineren Unternehmen besser bewertet wird als von größeren Unternehmen.

Bei der Kurzarbeit melden 34% der befragten Unternehmen zurück, dass diese eine große Hilfe ist, die Covid-19-Krise länger zu überstehen, 27% melden, dass Kurzarbeit dem Unternehmen etwas hilft. 6% melden, dass sie zwar hilfreich aber nicht ausreichend ist und 4% der Unternehmen melden zurück, dass die Kurzarbeit dem Unternehmen nicht hilft.

Diese Ergebnisse deuten im Vergleich zu den Ergebnissen der April- und Maibefragungen darauf hin, dass durch die Verbesserung der Konjunktursituation, Maßnahmen der Unternehmen und die staatlichen Gegenmaßnahmen der Druck der COVID-19 Krise auf die Unternehmen nachlässt. Die Ergebnisse zeigen allerdings auch, dass sich einige der Unternehmen weiterhin in einer schwierigen Situation befinden.

Zum Abschluss wurden die Unternehmen befragt, ob sie weitere Anmerkungen in Bezug auf die staatlichen Unterstützungen haben. Diese Frage wurde offen gestellt, dennoch haben etwas mehr als 1/5 der Unternehmen die Gelegenheit ergriffen, hier zusätzliche Anmerkungen zu geben. Aufgrund der hohen Anzahl offener Antworten (275) werden diese im Folgenden nach Stichworten analysiert, um mögliche Unterschiede zwischen den Branchen darstellen zu können.

Abbildung 6 zeigt die wichtigsten Schlagwörter, die bei der Beantwortung der Frage von den Unternehmen genannt wurden. Die Größe der Wörter entspricht der Häufigkeit ihrer

Verwendung, d.h. Wörter, die sehr häufig genannt wurden, werden in der Wortwolke am größten dargestellt³.

Die Kurzarbeit ist das häufigste genannte Stichwort. Das ergibt sich auch daraus, dass diese Maßnahme schnell implementiert und von vielen Unternehmen auch in Anspruch genommen wurde. Die Antworten zeigen allerdings, dass die Unternehmen in der konkreten Umsetzung auch mit Schwierigkeiten und administrativem Aufwand konfrontiert sind. Die Inanspruchnahme und Abwicklung der Unterstützungsmaßnahmen werden von den rückmeldenden Unternehmen auch als bürokratisch und langwierig empfunden. Einige Unternehmen melden aber auch explizit ihre Zufriedenheit mit den Hilfsleistungen, insbesondere der Kurzarbeit, zurück.

Eine Analyse nach Unternehmensgrößen zeigt, dass große und mittlere Unternehmen mit mehr als 50 Beschäftigte sehr häufig die Kurzarbeit und damit zusammenhängende Herausforderungen in der Lohnverrechnung erwähnen, während von kleinen Unternehmen mit weniger als 50 Beschäftigten vor allem die bürokratischen Verzögerungen der Hilfsmaßnahmen und Probleme bei Kreditvergaben genannt werden. Die Rückmeldungen in der Gruppe der kleinen Unternehmen sind sehr heterogen. Einerseits werden insbesondere bürokratische Hürden betont, andererseits betonen kleinere Unternehmen im Vergleich zu den mittleren und großen Unternehmen öfter die Zufriedenheit mit den Maßnahmen. Große Unternehmen nennen aber häufiger als kleiner und mittlere explizit keine Anmerkungen („nein“) zu den Hilfsmaßnahmen.

³ Benoit K, Watanabe K, Wang H, Nulty P, Obeng A, Müller S, Matsuo A (2018). "quanteda: An R package for the quantitative analysis of textual data." **Journal of Open Source Software**, 3(30), 774.

Abbildung 6: Wortwolke basierend auf den Antworten der offenen Frage: „Gibt es in Bezug auf die staatlichen Unterstützungen, die zur Verfügung gestellt werden, weitere Anmerkungen?“



Literatur:

- Benoit K, Watanabe K, Wang H, Nulty P, Obeng A, Müller S, Matsuo A (2018): "quanteda: An R package for the quantitative analysis of textual data." *Journal of Open Source Software*, 3(30), 774.
- García, R., Gayer, C., Hölzl, W., Payo, S., Reuter, A. Wohlrabe, K. (2020): „The Impact of the COVID-19 Crisis on European Businesses: Evidence from Surveys in Austria, Germany and Spain" EconPol Policy Brief No. 31, May 2020, https://www.econpol.eu/publications/policy_brief_31.
- Hölzl, W. (2020): Die Österreichischen Unternehmen in der COVID-19-Krise: Ergebnisse der Sonderfragen des WIFO-Konjunkturtests", WIFO-Konjunkturtest Sonderausgabe 1/2020, https://www.wifo.ac.at/publikationen/working_papers?detail-view=yes&publikation_id=65990.
- Hölzl, W., Klien, M. und A. Kügler (2020a) Liquiditätseingpässe und Erwartungen bezüglich der Normalisierung. Ergebnisse der zweiten Sonderbefragung zur COVID-19-Krise im Rahmen des WIFO-Konjunkturtests vom Mai 2020, WIFO-Konjunkturtest Sonderausgabe 2/2020.
- Hölzl, W., Bachtrögler-Unger, J. und A. Kügler (2020b) Konjunkturerwartungen verlieren an Dynamik Ergebnisse des WIFO-Konjunkturtests vom August 2020m, WIFO-Konjunkturtest 8/2020.
- Hölzl, W., Kügler, A. (2020): " Reaktionen der Unternehmen auf die COVID-19-Krise", WIFO-Monatsberichte, 93(5), S. 347-353.